

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Hafenecker
und weiterer Abgeordneter
betreffend Sofortmaßnahmen gegen den türkisen „Tiefen Staat“

eingebraht im Zuge der Debatte zu den Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantrittes des Bundeskanzlers und der Ernennung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten, in der 124. Sitzung des Nationalrates, in der XXVII. GP, am 12. Oktober 2021.

Nach Bekanntwerden der Korruptionsaffäre rund um Sebastian Kurz hat der Bundeskanzler eingelenkt und ist zurückgetreten. Statt ihm übernimmt Außenminister Alexander Schallenberg den Kanzlersessel, Michael Linhart kommt als neuer Außenminister. Die Grünen geben sich damit zufrieden und haben die Regierungskrise damit beendet. Faktum ist aber, dass Kurz zwar als Kanzler weg ist, sein korruptes System aber nach wie vor vorhanden ist, weil die neben dem Ex-Kanzler beschuldigten Personen weiterhin zum großen Teil in Amt und Würden sind.

Kabinettschef Bernhard Bonelli – gegen ihn wird wegen Falschaussage im so genannten „Ibiza-Untersuchungsausschuss“ ermittelt – dient nun auch dem neuen Kanzler Schallenberg. Die Zukunft des Kanzleramts-Medienbeauftragten Gerald Fleischmann ist ebenso ungewiss wie jene von Ex-Kanzler-Sprecher Johannes Frischmann, der derzeit offenbar beurlaubt ist. Ebenso wartet die Öffentlichkeit darauf, was mit Stefan Steiner, dem engsten Berater von Kurz, in Zukunft beruflich passieren wird. Auch im Finanzministerium ist mit Johannes P. der Hauptverantwortliche für den türkisen Korruptionsskandal noch immer im Dienst. Unter seiner Verantwortung als Leiter für die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums wurden die mutmaßlich gefälschten Umfragen abgerechnet.

Es ist also deutlich sichtbar: Die türkise ÖVP hat ein großes Netzwerk an der Spitze der Republik installiert und verwaltet das Land nach Lust und Laune. Wer hier glaubt, es ändere sich etwas an diesem türkisen System, der gibt sich falschen Hoffnungen hin. Das einzig Logische und Vernünftige wäre, das gesamte türkise System zu beenden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

- I. „Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler und der Finanzminister werden aufgefordert sicherzustellen, dass all jene Personen, die zusammen mit dem Ex-Kanzler als Beschuldigte geführt werden und in Bundesministerien, insbesondere in Kabinetten tätig sind, umgehend vom Dienst suspendiert beziehungsweise freigestellt werden. Darüber hinaus sind alle Beschuldigten, die in Beraterfunktionen tätig sind, mit einem

Betretungsverbot zu belegen, um insbesondere sicherzustellen, dass Beweismaterial nicht vernichtet wird.

- II. Die Finanzprokuratur ist zu beauftragen, Schadenersatzforderungen gegen alle Beschuldigten zu prüfen und einzuklagen. Dem Nationalrat möge darüber berichtet werden.
- III. Hinsichtlich der Zeichnungsberechtigungen in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Protokoll im BM für Finanzen soll geprüft werden, welche Personen zeichnungsberechtigt waren und Verträge, die mit den aktuellen Ermittlungen in einem sachlichen Zusammenhang stehen, freigegeben haben oder an der Freigabe mitgewirkt haben. Auch diesbezüglich sind Schadenersatzforderungen zu prüfen und ist dem Nationalrat zu berichten.
- IV. Auflösung des Strategiestabs des Bundeskanzlers „ThinkAustria“



